

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung) Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838 (Limburger Tageblatt)

Er erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
Im Jahr 1918 100 Hefen
Sommer- und Wintersemester je nach Jahreszeiten
Manuskripte nur bei der Redaktion.

Redaktion, Druck und Verlag von Fritz Wagner

Im „Limb.“-Verlag u. Buchdruckerei in Limburg. Hauptstraße Nr. 82.

Anzeigen-Aufnahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Bezugspreis 2 Mark 50 Pf.

Einzelhefte 25 Pf.

Einrückungsgebühr 20 Pf.
Die „Limb.“-Anzeigen werden in der Regel
in der 1. Spalte der 1. Spalte der 1. Spalte
abgesetzt und nur bei besonderen Umständen

Nummer 266

Limburg, Freitag den 15. November 1918

81. Jahr aus

Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrats veröffentlicht.

Berlin, 13. Nov. (W.T.B. Amtlich.) Aus Anlaß mehrerer Einzelschüsse entschied die Reichsregierung, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt sind, Zahlungen aus Regierungs- und Kreisstellen anzuweisen und zu erheben. Ebenso sind die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt, die bisherigen Gehälter selbständig zu erhöhen.

Berlin, 13. Nov. (W.T.B.) Bekanntmachung. Nachdem wir heute im Namen des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates die Staatsleitung in Preußen übernommen haben, fordern wir sämtliche preussischen Behörden und Beamten auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des Vaterlandes zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung beizutragen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverzüglich verblichen sollen.

Die preussische Regierung.

Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Hähnisch, Adolf Hoffmann.

Kriegsgefangene, die heute noch in Deutschland bleiben wollen, können in ihrer neuen Heimat verbleiben. Diejenigen, welche in ihrer Heimat im Bereich der Festung Mainz im Umkreise von 30 Kilometer wohnen, wollen sich ins Lager Gießen begeben.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates.

Stellv. Generalkommando, gez. Städt.

Berlin, 13. Nov. (W.T.B.) Bekanntmachung. Nachdem wir heute im Namen des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates die Staatsleitung in Preußen übernommen haben, fordern wir sämtliche preussischen Behörden und Beamten auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des Vaterlandes zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung beizutragen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverzüglich verblichen sollen.

Die preussische Regierung.

Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Hähnisch, Adolf Hoffmann.

Ein Regierungsprogramm für Preußen.

Berlin, 13. Nov. (W.T.B.) An das preussische Volk! Preußen ist, wie das Deutsche Reich und die andern deutschen Bundesstaaten durch den Willen des Volkes zum freien Staat geworden. Aufgabe der neuen preussischen Landesregierung ist es, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln. Dieser die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird die verfassunggebende Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf den Grundlagen des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahlrecht. Bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung hat die vorläufige Regierung, die getragen ist von dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte zu übernehmen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gewissenhafte Mitarbeit aller Beamten in Staat- und Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue, freie Preußen stellt und in Zukunft gestellt sieht, seien nur diese hervorgehoben: Durchführung der uneingeschränkten Realisationsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten, gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Alterspensionäre, und bis zur endgültigen Regelung der Gewährung ausreichender Teuerungszulagen. Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volkshochschule und Schaffung einer Einheitschule, Befreiung der Schule von jeglicher kirchlicher Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche, Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften, Beseitigung der Güterbeschränkung, völlige Gleichberechtigung beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land, entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungsorgane, rascher Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle, Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe, Umgestaltung der Rechtspflege und des Straßensystems im Geiste der Demokratie und des Sozialismus, Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit. Es ist eine ernste schwere Zeit, in der die Regierung an ihre Arbeit gehen muß. Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch einmütiges Zusammenstreben des gesamten Volkes kann der Untergang abgewendet werden.

Nur so können wir denen, die jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, nicht ihre Leiden und Opfer vergelten, wohl aber die Fortsetzung dieser Leiden ersparen. Nur so können wir das Gespenst des Hungers bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt aufs schwerste bedroht. Was wir alle haben wollen: Freiheit, Frieden und Brot kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrecht erhalten bleibt. Darum steht zusammen, helfe mit zum Wohle des Ganzen!

Berlin, 13. November.

Die preussische Regierung:

Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Hähnisch, Adolf Hoffmann.

Zur Aufrechterhaltung der Volksernährung.

Berlin, 13. Nov. (W.T.B.) Die Aufrechterhaltung der Volksernährung erfordert unbedingt, daß keinerlei Eingriffe in die öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel durch unbefugte Stellen vorgenommen werden. Verfügungen von Arbeiter- und Soldatenräten über die Bestände an Mehl, Getreide und anderen Lebensmitteln, die der Reichsgetreidekasse, einer anderen Lebensmittelstelle oder einem Kommunalverband gehören, müssen daher unbedingt unterbleiben und soweit sie getroffen sind, sofort rückgängig gemacht werden.

Die Reichsleitung: Ebert, Haase.

Keine Eingriffe in das Verkehrsleben!

Berlin, 13. Nov. (W.T.B.) In den letzten Tagen wurde wiederholt in den Betrieben und der Verwaltung des öffentlichen Verkehrs eingegriffen. Es wird dringend gewarnt, solche Eingriffe zu wiederholen. Zur Lösung der schweren Aufgaben, die dem Volke durch die Durchführung der harten Waffenstillstandsbedingungen, die Rückführung der Truppen und die Ernährung des Volkes und Heeres auferlegt sind, ist der ungehinderte Gang der Eisenbahnverwaltung erforderlich. Jede Einmischung von außen, auch wenn diese in der der besten Absicht geschieht, kann unabsehbare Unheil anrichten. Werden Mißbräuche festgestellt, so werden man sich an den Vollsbeauftragten Dittmann, dem die Aufsicht über das Verkehrsleben übertragen ist, aber man hüte sich, einzelne Bahnbehörden oder gar das Eisenbahnministerium lahm zu legen. Wer das tut, leistet der Sache des Volkes und der Freiheit Vandalenarbeit.

Der Rat der Vollsbeauftragten: Ebert, Haase.

Das Demobilisationsamt.

Berlin, 13. Nov. (W.T.B.) Zur Ueberführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden wurde eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation (Demobilisationsamt), errichtet.

Das Demobilisationsamt gibt folgendes bekannt: Alle von den deutschen Kriegsministerien, stellvertretenden Generalkommandos, Gouvernements und Kommandanturen erlassenen Bekanntmachungen über die Regelung kriegswirtschaftlicher Verhältnisse (z. B. Beschlagnahmen, Höchstpreisverordnungen usw.) bleiben im Interesse der wirtschaftlichen Demobilisation zunächst in Kraft. Ihre Abänderung und Aufhebung, sowie die übrigen allgemeinen Ausnahmen werden unverzüglich vom Demobilisationsamt, Berlin, Hedemannstraße 10, oder in seinem Auftrage erlassen werden. Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung bleibt bestehen. Sie handelt im Auftrage des Demobilisationsamtes.

Das Reichsdemobilisationsamt: Roeth.

Der Waffenstillstand.

Köln, 14. Nov. Wie der „Kölnischen Volkszeitung“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wird die Einheit der Verwaltung und der Zusammenhang zwischen dem linksrheinischen und dem übrigen Deutschland auch unter der feindlichen Besatzung gewahrt bleiben.

Bern, 14. Nov. (W.T.B.) Pariser Zeitungen melden, daß aus Belfort Genietruppen zur Wiederherstellung der Zufahrtsstraßen nach dem Elsass abgegangen sind. Insbesondere handelt es sich um die Wiederherstellung der Viadukte von Dammertshausen, durch deren Instandsetzung die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs Paris—Mülhausen—Basel möglich ist.

Haag, 14. Nov. Aus Paris wird gemeldet, daß die deutsche Demobilisation wünschgemäß verläuft. Die Amerikaner werden in der Richtung auf Metz und Straßburg vorrücken, wo sie zu Beginn der nächsten Woche eintreffen würden. Die offizielle Uebernahme beider Städte werde durch Joch erfolgen. Clemenceau und Poincaré würden dabei anwesend sein. Das Arrondissement Brien sei bereits geräumt.

Minister Pichon über Elsass-Lothringen.

Genf, 14. Nov. Der Pariser „Temps“ gibt eine Erklärung Pichons im Ausnahmefall für Auswärtiges wieder, wonach das linke Rheinufer, außer Elsass-Lothringen, an die deutsche Republik zurückgegeben werden soll.

Die Durchführung zur See.

Wilhelmshaven, 13. Nov. (W.T.B.) Letzte Nacht gab durch Funkpruch der Chef der englischen Flotte dem Chef der Hochseestreitkräfte Anweisung, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um die Besprechungen zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen. Daraufhin ging der kleine Kreuzer „Königsberg“ um 1 Uhr mittags mit den Bevollmächtigten des Arbeiter- und Soldatenrates der Flotte zur Zusammenkunft mit den Vertretern der englischen Admiralität in See. Den Vertretern ist eine Vollmacht gegeben worden, in der es heißt: Der Arbeiter- und Soldatenrat der Nordseestation und der Flotte erteilt hiermit dem Obermaat Wilhelm Wengert, dem Obersteuermann Alfred Jahn und dem Torpedoobermaat Hermann Meyer die Vollmacht, im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates der Nordseestation, dem sich die Flotte unterstellt hat, an den Beratungen über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen teilzunehmen und Verträge abzuschließen. Unterzeichnet ist die Vollmacht vom Präsidenten der Republik Oldenburg-Friesland, Bernhard Stuhm, und dem Chef der Hochseestreitkräfte, von J. P. P. Hipper nimmt nur als fachmännischer Berater an den Verhandlungen teil, während das ausführende Organ der Arbeiter- und Soldatenrat ist.

Zur Besetzung des linken Rheinuferes.

Genf, 14. Nov. Das „Journal“ meldet: Lloyd George gab am Samstag Vertretern der Gewerkschaften die Erklärung ab, daß die Besetzung des linken Rheinuferes eine provisorische sei und lediglich militärischen Sicherungen diene.

Frankreich.

Rotterdam, 14. Nov. Der „Temps“ meldet: Der Kriegsminister teilte mit, daß der Abschluß des Friedens in spätestens fünf Wochen vollzogen sein werde. Die französische Demobilisierung beginne umgehend.

Verbrüderung mit Franzosen.

Paderborn, 13. Nov. (W.T.B.) Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Die Besatzungen der heute nachmittag 1,30 Uhr von der Front nach hier zurückgeführten Zugzüge berichten, daß in den französischen Schützengräben von der belgischen Grenze bis Mons die rote Fahne gehißt ist und daß die deutschen Truppen sich mit den französischen verbrüder haben.

Forderungen der englischen Arbeiter.

Rotterdam, 14. Nov. „Daily News“ veröffentlicht einen Aufruf der englischen Arbeiterpartei zu den Friedensbedingungen, der die Schonung der neuen deutschen Demokratie fordert.

Der Bolschewismus in England und Kanada.

Köln, 14. Nov. Die „Morningpost“ hebt der „Köln. Zig.“ zufolge hervor, daß der Bolschewismus unter den englischen Arbeitern zunehme. Die Schiffswerften und die Bergwerke seien Brutstätten des Bolschewismus. Überall komme die revolutionäre Bewegung zum Ausdruck. — Wie die „Times“ aus Toronto melden, hat der kanadische Minister der öffentlichen Arbeiten in einer Rede darauf hingewiesen, daß dort sehr unruhige Zustände herrschen. Er sei davon überzeugt, daß die bolschewistische Bewegung in Kanada einen fruchtbaren Boden fände.

Beschlagnahme des Kronvermögens.

Berlin, 13. Nov. (W.T.B.) Die preussische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung, betreffend die Beschlagnahme preussischen Kronvermögens: Sämtliche zum preussischen Kronvermögen gehörige Gegenstände werden hierdurch mit Beschlag belegt. Die Verwaltung wird dem preussischen Finanzministerium übertragen. Das nicht zum Kronvermögen gehörige, im Eigentum des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Bürgerrechte sollen bestehen.

Berlin, 14. Nov. (W.T.B.) Unter dem Vorsitz von Dr. Niehner bildete sich ein vorbereitender Ausschuss zur Ordnung von Bürgerrechten. Es wurde eine Entschließung gefaßt, worin die Absicht kundgegeben wird, die volle Gleichberechtigung des Bürgertums zu wahren und die Bestrebungen der Reichsleitung zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Verlangt wird die schleunigste Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung.

Es ist uns aufgegeben, im Verbräuche von Zeitungsdruckpapier äußerste Sparsamkeit walten zu lassen. In Befolgung dieses erscheint der „Limb. Anz.“ heute nur zweifach.

Bekaler und vermischter Teil.

Limburg, den 15. November 1918.

An die Arbeitgeber in Stadt und Land.

Die Arbeitgeber in Stadt und Land werden dringend aufgefordert, ihren Bedarf an Arbeitskräften umgehend bei dem Kreisarbeitsnachweis in Limburg (Vahn), Walderdorferhof, Bahngasse 5, anzumelden.

Die schnelle Feststellung des Bedarfs ist dringend notwendig, einerseits weil die Kriegsgefangenen zum großen Teile alsbald entlassen werden, andererseits weil es unbedingt erforderlich ist, die heimkehrenden Soldaten möglichst schnell an für sie geeignete Arbeitsstellen unterzubringen. Vor allem ist dies auch für die Landwirte von größter Bedeutung. Limburg, den 12. November 1918.

Der Kreisarbeitsnachweis.

An die Herren Bürgermeister!

Vorstehende Bekanntmachung ersuche ich, sofort ortsüblich bekannt zu machen und die Landwirte dringend zur umgehenden Anmeldung ihres Bedarfs an Arbeitskräften beim Kreisarbeitsnachweis aufzufordern.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B. v. Borde.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Limburg hat für die sämtlichen Fragen der Demobilisierung in Stadt und Kreis Limburg einen Demobilisations-Ausschuss eingerichtet, der von den Vorstehenden des A- und S-Rates geleitet wird, und zu dem die zuständigen Verwaltungsbehörden von Kreis und Stadt hinzugezogen worden sind. Der Demobilisations-Ausschuss tagt täglich im Rathaus. Für die Aufgaben der Demobilisation wird in der Nähe des Rathauses ein besonderes Geschäftszimmer eingerichtet werden, worüber noch nähere Nachricht erfolgen wird.

a. Abtransport russischer Gefangener in die Heimat. Letzter Tage wurden aus dem Gefangenenlager bei Dietrichen die russischen Kriegsgefangenen in größerer Anzahl vom hiesigen Bahnhof aus in der Richtung ihrer Heimat abgeführt. Nach vier Jahren der Gefangenschaft waren die Leute, wie leicht erklärlich, freudig gestimmt, endlich aus der Fremde heimkehren zu können. „Es lebe die Freiheit!“ riefen noch aus dem Zuge frohe Rufe. Im allgemeinen waren die Russen da wo sie beschäftigt waren (meistens in der Landwirtschaft und Industrie) fleißige Arbeiter. Bekannte verabschiedeten sich von ihnen, auch wurden noch Grüße und kleine Geschenke ausgetauscht.

b. An das Metallverarbeitende Handwerk. Die Metall-Freigabestelle hat in Vorbereitung der Metallherstellung während der Uebergangswirtschaft eine Neueinteilung der Metallbetriebe und Verteilungsstellen vorgenommen, um möglichst alle beteiligten Betriebe einer für sie zuständigen Stelle anzugliedern und damit die Einteilung der einzelnen Verbraucherguppen bei der Uebergangswirtschaft vorzubereiten. Für das Handwerk ist diese Stelle bei dem deutschen Handwerks- und Gewerbeamt in Hannover gebildet worden. Die Metall-Freigabestelle fordert daher alle Handwerksbetriebe, welche unedle Metalle (Kupfer, Zinn, Aluminium, Zink, Blei und Nickel) verarbeiten, auf, ihre Betriebe bei der für sie zuständigen Handwerkskammer anzumelden. Demgemäß richten wir an alle diese Betriebe innerhalb unseres Kammerbezirks hierdurch das dringende Ersuchen, diese Anmeldung alsbald und spätestens bis zum 20. d. Mts. bei uns zu tätigen. Nach diesem Tage werden wir unserer Zentralstelle (Kammeramt Hannover), die Anmeldung einreichen. Im eigenen Interesse der Betriebe ist eine rechtzeitige Anmeldung unbedingt erforderlich. Wiesbaden, den 5. November 1918. Die Handwerkskammer.

c. Neue Einschränkungen im Fernverkehr. Wie die Staatsbahndirektion Berlin mitteilt, kann zur Durchführung der Demobilisierung nur noch ein geringer Teil der bisherigen Jüge für den öffentlichen Verkehr gefahren werden. Für die nächste Zeit, vielleicht schon für die nächsten Tage, muß sogar mit einer völligen Einstellung des gesamten, nicht zum Militärverkehr dienenden Personenverkehrs gerechnet werden. Der Bevölkerung kann daher nur angeraten werden, Reisen jeder Art zu unterlassen, zumal die Reisenden keine Gewissheit haben, daß sie Gelegenheit zur Rückreise finden. Wie man hört, ist eine Einschränkung des Vorortverkehrs nicht beabsichtigt.

FC. Montabaur, 13. Nov. In den Gemerkungen der Gemeinden Rogendorf und Kammerforst wurde der Kartoffelkrebs festgestellt.

FC. Wiesbaden, 13. Nov. Der Intendant des hiesigen Hoftheaters Dr. von Mühlendörfer lehnte es ab, dem Arbeiter- und Soldatenrat sich unterzuordnen, sowie die neue Ordnung anzuerkennen. Er trat von seinem Posten zurück. Die vorläufige Theaterleitung wurde in die Hände des Regisseurs Legel gelegt und dem Hoftheater der Name „Kassianisches Landestheater“ beigelegt.

FC. Wiesbaden, 13. Nov. Ein Liebesdrama hat sich gestern Abend in der Nähe des Schauspielhauses abgespielt. Das Mädchen, das daran beteiligt war, wurde durch einen Schlag getötet, während der Fortgeschützte Josef Wallen einen Schlag in den Unterleib erhalten hat. Er wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus verbracht.

FC. Ettville, 13. Nov. Eine hier abgehaltene Volksversammlung nahm die Wahl eines Bürgerausschusses vor, der den Magistrat um Aufhebung des Zwangssystems in der Lebensmittelpreisverteilung ersuchen soll. Eine erweiterte Kommission soll vor allem die Rechnungen der gekauften Lebensmittel prüfen und die Verkaufspreise festsetzen.

FC. Hanau, 13. Nov. Dr. Wagner wurde hier als Landrat und Polizeidirektor eingesetzt, als Mitarbeiter steht ihm der bisherige Landrat, Regierungsrat Schmidt zur Seite. Die für den 25. November angeordneten Stadtverordnetenwahlen, die noch unter dem Drei-Klassenwahlrecht stattfinden sollten, wurden aufgehoben. Die Stadtverordneten bleiben im Amte, bis das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht angeordnet wird.

Israelitischer Gottesdienst.

Freitag abend 4 Uhr 25. Samstag morgen 8 Uhr 30. Samstag nachm. 3 Uhr 30. Sabbat-Ausgang 5 Uhr 30.

Amtlicher Teil

(Nr. 266 vom 15. November 1918)

Termin-Kalender.

Der Termin zur Erledigung der Verfügung vom 7. November 1918, J.-Nr. 2.234 — Kreisblatt Nr. 261 — betreffend Errichtung einer Zwangsinnung für alle in den Kreisen Limburg, Oberlahn, Unterlahn, Oberwesterwald, Unterwesterwald, Westerburg und Dill das Friseur-Handwerk betreibenden Handwerker, läuft am 20. November 1918 ab, zu haben in der

Bekanntmachung

Die Wahl des Landwirts Wilhelm Wendelin Schäfer zum Schöffen der Gemeinde Dehen habe ich bestätigt. Limburg, den 9. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Bekanntmachung

Auf Veranlassung des Staatskommissars für Demobilisation wird der Zivilbevölkerung bekannt gegeben, daß das Verlassen des linksrheinischen Gebietes und des 10 Kilometer breiten Streifens östlich des Rheins verboten ist. Die Beförderung würde den durch die Rückführung der Truppen aufs äußerste in Anspruch genommenen Bahnen unmöglich sein. Größte Ernährungsschwierigkeiten würden eintreten. Die

Bevölkerung wird darauf aufmerksam gemacht, daß jeder sein Eigentum am besten schützt, indem er selbst dableibt. Aufrechterhaltung der Ordnung und des Wirtschaftslebens erfordert jeden an seinem Platz. Reisen sind nur gegen besonderen Ausweischein gestattet, ausgenommen ist nur der Arbeiter- und Berufsverkehr. Nähere Bestimmungen werden durch Eisenbahndirektionen erlassen; welche Stellen die Ausweischeine auszustellen haben, werden die Regierungspräsidenten als Demobilisationskommissare im Zusammenwirken mit Arbeiter- und Soldatenräten und zuständigen Eisenbahndirektionen noch bestimmen.

Limburg, den 14. November 1918.

Der Landrat.

An unsere Nassauer Landwirte!

Die unterfertigten Landwirtschaftlichen Körperschaften wenden sich hiermit ernst und eindringlich an die Nassauer Landwirte:

Wir haben uns bisher stets und grundsätzlich von allen politischen- und Parteifragen fern gehalten, und wir haben flug daran getan, da wir nur dadurch politisch oft auseinandergehende Meinungssträger zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit in vollkommener Eintracht vereinigt haben.

Der Sturz der alten, und die Errichtung der neuen Regierung ist bei der heutigen Lage der Dinge keine politische und keine Parteifrage mehr: es ist heute gleichgültig, wer unser Land und Volk rettet, wann es nur gerettet wird. Und keiner darf darum abwarten, ob die neue Gewalt auch wirklich retten wird, sondern wir müssen alle unsere ganze Kraft mit dafür einsetzen, daß die neue Gewalt Vaterland und Volk vor dem Untergang bewahrt.

Das ist unser aller unweigerliche und selbstverständliche Pflicht.

Darum rufen wir unseren Nassauer Landwirten zu:

Fügt Euch willig allen Anordnungen, die ergehen.

Werft den Kleinmut und den Verdruss vergangener Zeiten hinter Euch; denkt daran, was heute auf dem Spiel steht und liefert dem darbedenden Volk, was es braucht, zur Fristung des Lebens.

Die Not ist groß, sie würde unermesslich, wenn Ihr versagen wölltet.

Denkt an die furchtbare Gefahr, die Euren Hörsern, Euren und Eurer Angehörigen Besitz und Leben droht, wenn aus Mangel an Lieferungen Hungersnot ausbricht, wenn von Hunger getrieben, Haufen aus den leergefessenen Städten auf das Land sich wälzen, um mit Gewalt zu nehmen, was Ihr unterlassen habt, aus eigener Entschließung zu liefern.

Liefert aber nicht nur die von Euch gebauten Lebensmittel ab, sondern öffnet auch Eure Spinde, Schublade und Buntel: Geht Euer Geld ein bei Euren Kreditgenossenschaften und anderen Geldinstituten; die Gesamtheit bedarf des Geldes ebenso gut wie des täglichen Brotes; den eingezahlten Guthaben droht keinerlei Gefahr, den daheim vermeintlich wohlverwahrten Vorräten vielleicht die allergrößte.

Bei uns in den großen Städten vollzieht sich heute alles in bester, mustergültiger Ordnung.

Helft Ihr an Euren Teil, daß es in Stadt und Land so bleibe!

Dann dürfen wir hoffen, daß aus dieser furchtbar schweren und dunklen Zeit ein neues deutsches großes Reich und Volk erstehen, an dem wir alle noch unsere Freude haben werden.

Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden
Bartmann-Lüdicke

Verband der nassauischen landwirtschaftl. Genossenschaften zu Wiesbaden.
Pettisjan.

Verband der Nassauischen Land- und Forstwirte E. B.
Bartmann-Lüdicke.

Verband ländlicher Genossenschaften Nassauischer Organisation in Nassau.
Fr. Nolden.

Danksagung.

Herzlichen Dank allen, die uns bei dem letzten Verlust unserer nun in Gott ruhenden Gattin, Mutter, Tochter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante, Frau

Elisabeth Schöneberger geb. Schwenk

ihre Teilnahme bekundet haben; insbesondere danken wir Herrn Pfarrer Orku für die tröstende Seelsorge.

Winter, den 15. November 1918.

Hermann Schöneberger u. Kinder
Frau Karl Schwenk Wwe.

APOLLO-THEATER.

Samstag, d. 16. und Montag, d. 18. 11. 18 von 7 Uhr, Sonntag, d. 17. 11. von 3 Uhr:

Es werde Licht. IV. Teil.

Kulturfilm in 5 Teilen. 2/266

Einlage. Erhöhte Preise.

Es wird um abgezähltes Geld gebeten.

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.

Arbeitsbücher

Rechtsanwalt Dr. H. B. B. B. B.

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Bekanntmachung.

- Der Ankauf und Verkauf von Waffen, Munition und militärischen Ausrüstungsgegenständen ist verboten. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Unrechtmäßig erworbenen Gegenstände unterliegen der Beschlagnahme.
- Jede unerlaubte Verbergung von Kriegsgefangenen sowie Verabreichung von alkoholischen Getränken an dieselben, ist verboten.

Limburg, a. d. R., den 15. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:

J. A. Dr. Maron. Müller.

Möhren-Ausgabe.

Samstag, den 16. November, nachmittags von 3 bis 4 Uhr Ausgabe von Möhren an diejenigen Inhaber der Gutscheine, welche bisher nicht abgeholt haben im Keller des alten Gymnasiums.

Limburg, den 14. November 1918.

Städtische Lebensmittel-Behörde.

Gute Aufnehmer

Stad Nr. 2.20

empfehlen

H. Albert jr.,

3/266

Ober-Grabenstr. 10.

Tüchtiger

4/266

Wichtig für

Müller

Hinterbliebenen von

für dauernd gesucht.

Josef Kallischer,

Möhlen.

Da eine Frau, welche für den

Bewertung

Hausdiener

Städtische für Kriegsvaterbliebenen

per sofort gesucht. 1/265

in Kreis Limburg

Hotel zur Alten Post.

Städtische